

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 49, 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a.M., 11. März 1949.

Seite 1

Die Informationen von heute:

Aus der Union

Das Land Niedersachsen wird für die Bundesratswahl in 29 Wahlbezirke aufgeteilt werden. Außerdem erhält Niedersachsen eine Landesreserveliste, in der 28 Mandatsträger gewählt werden. Ein aus Landtagsabgeordneten zusammengesetzter Ausschuss legt die Einteilung der Wahlkreise fest.

In der Jahreshauptversammlung der CDU Frankfurt a.M. wurde Dr. Ludwig Florian zum 1. Vorsitzenden gewählt. In seinem Jahresüberblick wies Dr. Florian darauf hin, daß die Union bewußt auf eine Aktivierung und weniger auf zahlenmäßige Ausweitung hingearbeitet habe, trotzdem aber ein Anwachsen der Zahl der Parteimitglieder festzustellen sei.

Aus den Parteien

Der frühere Leiter der "Einheitsbewegung Niedersachsens" und Mitglied des niedersächsischen Landesverbandes der KPD, Hans Hubert, hat seinen Austritt aus der KPD erklärt, da die Politik der SED/KPD dazu führe, Gesamt-Deutschland der sowjetischen Kontrolle zu unterwerfen.

Wohnungsbau

Die Hessische Regierung beabsichtigt, eine Anleihe von 65 Millionen DM aufzulegen, deren Erträgnisse zur Deckung der im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben für die Finanzierung eines umfassenden Wohnungsbauprogramms verwendet werden sollen.

Landwirtschaft

Der Direktor der VEF, Dr. Schlange-Schöningen, sprach sich anlässlich einer Tagung des Kuratoriums für Technik in Wiesbaden für eine beschleunigte Durchführung der Flurbereinigung und für eine grundlegende Technisierung der Landwirtschaft aus.

Personelles

Der süd-badische Landtagspräsident Dr. Person gab auf einer CDU-Versammlung in Freiburg i.B. bekannt, daß Staatspräsident Wohleb und Finanzminister Dr. Eckart sich in den nächsten Tagen zu einem Besuch nach Paris begeben werden.

Innenpolitik

Im Zusammenhang mit den durch den Fall Dietz ausgelösten Gerüchten über eine Kabinettskrise in Hessen gab die Hessische Regierung nach eingehender Beratung die einmütige Erklärung ab, daß kein Anlaß sei, die Regierung umzubilden oder zurückzutreten.

Kulturpolitik

Drohender Kirchenkampf in der Ostzone

=====

Die maßgebenden Persönlichkeiten beider Kirchen in der Ostzone wurden von den sowjetischen Besatzungsbehörden zu einer wirksameren Zusammenarbeit mit den politischen Stellen aufgefordert, um eine stärkere Annäherung an die von der Besatzungsmacht gesteckten Ziele zu erreichen. Das sowjetamtliche Organ, die "Tägliche Rundschau" in Berlin, übte kürzlich scharfe Kritik an den katholischen und protestantischen Geistlichen, weil diese "jeden Enthusiasmus gegenüber den Verstaatlichungsmaßnahmen der Agrarreform und dem Produktionsprogramm vermissen" ließen. Die "Tägliche Rundschau" kündigt weiter an, "daß sich vorbeugende Maßnahmen als unerlässlich zeigen werden, falls die kirchlichen Behörden auf diesem Gebiet nicht mehr Entgegenkommen zeigen" würden. Dazu wird berichtet, daß die führenden kirchlichen Kreise der Ostzone den Beginn einer ähnlichen Kirchenverfolgung wie in Ungarn und Rumänien befürchten. Die Kommunisten haben bereits verschiedene Maßnahmen gegen Ordensleute in Ostdeutschland getroffen. Der Religionsunterricht ist praktisch aufgehoben, nachdem nur eine Stunde in der Woche und diese lediglich außerhalb des täglichen Schulunterrichts erteilt werden darf. Die christlichen Jugendorganisationen wurden aufgelöst und für ungesetzlich erklärt. Nur die Freie Deutsche Jugend, die von der Kommunistischen Partei kontrolliert ist, besteht als einzige Jugendorganisation weiter.

Kulturpolitik im Bayerischen Landtag

=====

Dem Bericht unseres hannoverschen Mitarbeiters über die Tätigkeit des Niedersächsischen Landtages lassen wir heute eine Darstellung über die Parlamentsarbeit in Bayern folgen, wo vor allem die kulturpolitischen Fragen im Vordergrund standen.

Die "Abraxas"-Interpellation.

Unter stärkstem Interesse der Öffentlichkeit kam in der Landtagssitzung am 22. Februar die FDP-Interpellation zum Fall "Abraxas" zur Behandlung. Die Interpellation richtete an die Regierung die Frage, auf welche Rechtsgrundlagen sich der Kultusminister bei seinem Verbot der weiteren Aufführung des Balletts "Abraxas" stütze und ob der Kultusminister im Gegensatz zu Art. 108 der Bayer. Verfassung die Freiheit von Kunst und Wissenschaft erneut durch staatliche Bewertung und Verbote beschränken wolle.

Kultusminister Dr. Hundhammer bezog sich in dieser Beantwortung der Interpellation auf die Erklärung des Interpellanten, daß der Minister berechtigt gewesen sei, einzugreifen. Aus dem Aufsichtsrecht des Kultusministeriums über die Staatsoper sei das Recht des Kultusministers abzuleiten, darüber zu befinden, wann ein Stück vom Spielplan abzusetzen sei. Es sei auch kein Zweifel darüber, daß der Minister berechtigt sei, in der Frage des Spielplans dem Intendanten Weisungen zu geben. Vom Landtag und vom Kultusminister könne nicht verlangt werden, daß er Gelder anfordere und bewillige, die für Stücke verwendet würden, die eine absolute Beleidigung der Mehrheit des Volkes und eine Verletzung der Gefühle der Mehrheit der Staatsbürger darstellten. In solchen Fällen sei der Kultusminister nach der Verfassung sogar zum Eingreifen verpflichtet, da er verfassungsmäßig der parlamentarischen Mehrheit verantwortlich sei. Im übrigen habe noch kein Stück einen so großen staatlichen Zuschuß erfordert, wie gerade "Abraxas". Während die Einnahmen für die ersten 5 Aufführungen 56400 DM betragen hätten, hätten sich die Ausgaben auf 131400 DM belaufen. Weiter erklärte

Dr. Hundhammer unter lebhaftem Beifall der CSU: "Ich verantworte dieses Gebot vor der Geschichte und vor der Kultur!" Es sei schon immer so gewesen, daß dann, wenn Übergriffe und Mißgriffe vom Staate her ein Einschreiten erfordert hätten, sich ein sehr breites Geschrei erhoben habe. Aber die Mehrheit des Volkes stünde doch auf der anderen Seite.

Abschließend las der Kultusminister aus Goethes "westöstlichen Diwan" die Verse über Abraxas vor und endete mit dessen Worten: "... Hier soll das Fratzenhafte für das Allerhöchste gelten!" (Lebhafter Beifall bei der CSU).

Das Schulorganisationsgesetz - Beratung ausgesetzt.

Der Gesetzentwurf über die Organisation der Volksschulen stand auf der Tagesordnung der Landtagssitzung vom 23. Februar. Nach einer längeren, teilweise scharfen Geschäftsordnungsdebatte und einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wurde beschlossen, die Beratung auszusetzen, um dem Kulturpolitischen Ausschuß gemeinsam mit dem Verfassungs-Ausschuß Gelegenheit zu geben, zu den von den Rednern der FDP und der SPD vorgebrachten angeblichen verfassungsrechtlichen Bedenken Stellung zu nehmen.

Die CSU-Fraktion hatte sich auf Grund einer während der Sitzungspause abgehaltenen Besprechung mit einer Unterbrechung der Beratung einverstanden erklärt, wenn damit keine weitere Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzentwurfes eintritt, sondern dieser an der Spitze der Tagesordnung der nächsten Sitzungsperiode gestellt wird. Während der Geschäftsordnungsdebatte kam es zu einem erregten Zwischenfall, als Kultusminister Dr. Hundhammer davon sprach, er habe den Eindruck, daß der Widerspruch gegen die sofortige Beratung weniger deswegen erfolge, weil das Gesetz vielleicht formale Schwierigkeiten bereiten könnte, als deswegen, weil man die Durchführung der verfassungsmäßig festgelegten Konfessionsschule gern vermeiden möchte. Diese Äußerung begegnete auf den Bänken der SPD und der FDP stürmischen Widerspruch, wobei der Abge. Dr. Korff (FDP) wegen wiederholter Pfuirufe vom Präsidenten gerügt wurde. Zur verfassungsrechtlichen Seite der Angelegenheit erklärte Minister Dr. Hundhammer, daß man bei der Schaffung der Verfassung von 1946 an dem damaligen Rechtszustand, daß die Volksschulen Staatsschulen seien und die Gemeinden für den Schulbedarf aufzukommen hätten, nichts habe ändern wollen.

=====
Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., III/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
=====